



Nachrichten aus dem Kreisverband Esslingen

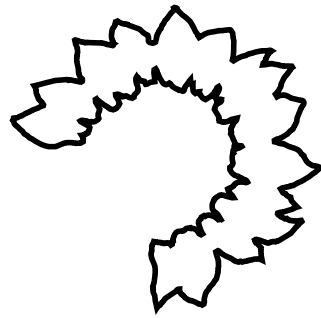
Einladung zur Kreismitgliederversammlung

Schlachthofbräu Nürtingen, Mühlstraße 15
am Dienstag, 31. Januar 2012, 19.30 Uhr

Tagesordnung:

1. Begrüßung
2. Rede Ministerpräsident Winfried Kretschmann
3. Aussprache, auch über S21, Filderabschnitt
4. Ehrungen
5. Bericht der KassenprüferInnen
6. Entlastung des Kreisschatzmeisters für 2010
7. Wahl der KassenprüferInnen
8. Wahl des/r Delegierten zum Landesfinanzrat
9. Verschiedenes

Liebe Mitglieder....



Gewinnen ist schön. Verlieren tut weh. Wir hatten 2011 beides. Im März einen grandiosen Sieg bei der Landtagswahl, mehr Stimmen als die SPD, zum ersten Mal GRÜN-rot und nicht wie sonst üblich rot-grün.

Das erste halbe Jahr Regierungsverantwortung danach lief teilweise holprig. Die Koalition war belastet. Die gegensätzlichen Positionen zu S21 überlagerten alles andere. Und, wir mussten und müssen teilweise das Regieren noch lernen - nach 30jähriger Opposition verständlicher Weise.

Und dann kam der 27.11.2011. Wir waren optimistisch, hatten das Gefühl, mit den besseren Argumenten die Bevölkerung überzeugen zu können. Wir haben verloren. Deutlich. Deja vue - wieder verloren, wie so oft in den 30 Jahren vorher. Nur, haben wir wirklich verloren? Was haben wir denn erreicht? Eines unserer Kernthemen, die Bürgerbeteiligung, wurde in Baden-Württemberg das erste Mal möglich gemacht und durchgesetzt. Unser Demokratieverständnis wurde transparent und erlebbar. Dies gilt auch für die Reaktionen direkt danach durch die grünen Regierungsvertreter. Der Souverän, das Volk, hat gesprochen. An der Entscheidung der Mehrheit gibt es nichts zu kritisieren, sie ist zu akzeptieren. Dies gilt nicht für die Reaktion der „Gewinner“ von CDU und FDP. 1,5 Millionen Stimmen für JA sind viel, wenn auch in der Summe zu wenig. Häme und Rücktrittsforderungen sind angesichts dieser Zahl nicht angebracht und zeigen deutlich, welches andere Demokratieverständnis CDU und FDP umtreibt.

Für uns gilt es, weiter zu machen. Das Positive überwiegt, auch wenn die Niederlage schmerzt. Wir müssen die Menschen, die mit JA gestimmt haben, weiter mitnehmen auf dem eingeschlagenen Weg in Richtung Bürgergesellschaft. Daran müssen wir auf allen Ebenen weiter intensiv arbeiten. Hier ist unsere seit 30 Jahren geübte „Beharrlichkeit“ wichtiger denn je. Übrigens:

Wir regieren, nicht die anderen!

Euer Kreisvorstand

Mehr nachhaltige Mobilität

Am 30. November 2011 informierten sich Andreas Schwarz und Andrea Lindlohr vor Ort über die Ideen des Autobauers, umweltschonend und elektrisch in die Zukunft zu fahren. Dr. Lothar Ulsamer, Leiter föderale und kommunale Projekte, berichtete, dass die Daimler AG in den Jahren 2011/12 rund fünf Milliarden Euro in „grüne Zukunftstechnologien“ investiert. Kontrovers wurde diskutiert, wie die Chancen der Brennstoffzellentechnologie einer-

seits und rein batteriebetriebener Elektromobile andererseits stehen, sich am globalen Automarkt durchzusetzen. Einigkeit bestand dagegen darin, dass die Politik mit in der Verantwortung steht, eine entsprechende Infrastruktur mit Tankstellen und Ladeplätzen zu schaffen.

Car2go und car2gether

Daimler baut traditionell Autos. Neuerdings erschließt sich der Konzern aber auch Geschäftsfel-



Die Landtagsabgeordneten Andreas Schwarz und Andrea Lindlohr mit Dr. Lothar Ulsamer (Daimler AG, Mitte)

der mit Mobilitätsdienstleistungen. In mehreren deutschen Großstädten läuft das Pilotprojekt car2go, das es ab Mitte 2012 auch in Stuttgart geben soll. Ohne Vertragsbindung, Grundgebühr und Mindestmietdauer kann zu jeder Zeit bequem per Telefon einer von 500 Elektro-Smarts angemietet werden. Das Land und die Stadt Stuttgart errichten in Zusammenarbeit mit EnBW die erforderliche Ladeinfrastruktur und stellen Ökostrom bereit. Individualverkehr und öffentlicher Verkehr können so effektiv vernetzt werden. In Ulm bietet Daimler außerdem eine Online-Vermittlung von Mitfahrgelegenheiten („car2gether“) an, an der auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Konzerns bald teilnehmen sollen.

Bus Rapid Transit

Dass der Autobauer auch in der Produktion von Bussen weltweit führend ist, wird oft vergessen. Interessant ist das Mobilitätskonzept "Bus Rapid Transit". Hier verkehren Busse mit hoher Taktfrequenz und abgestimmten Ampelschaltungen auf eigens für sie abgetrennten Spuren. Das könnte sich im ländlichen Raum lohnen, wo es keine Schienenanbindung gibt.

Wenige mit Hauptschule

Personalleiter Karl-Ernst Mauser und die Leiterin des Ausbildungszentrums Esslingen-Brühl, Marion Pietsch, berichteten, dass Daimler heute auch in der Produktion auf

angelernete Arbeitskräfte verzichtet und alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter selbst ausbildet. Mit etwa 20 Prozent ist die Frauenquote in den technischen Ausbildungsberufen immer noch sehr niedrig. Dass nur noch 14 Prozent der Auszubildenden einen Hauptschulabschluss haben, zeigt, wie notwendig die Schulreformen von Grün-Rot geworden sind.

Beim Rundgang durch die Achsenproduktion im Werksteil Mettingen wurde deutlich, dass die Automation in der Fertigung weiter voranschreitet. Die Gießerei soll unter anderem durch die Umstellung auf anorganische Bindemittel umweltfreundlicher produzieren. Auf dem Dach des Gebäudes leitet eine Biofilteranlage die belastete Abluft durch eine meterdicke Schicht aus Rindenmulch. Die darin lebenden Mikroorganismen bauen die Geruchsstoffe ab, wodurch die Geruchsbelästigung der Anwohner in der Nachbarschaft deutlich reduziert werden kann.

Kontakt soll intensiver werden

Die Abgeordneten wollen den Kontakt mit der Daimler AG weiter intensivieren. Der grünen Landtagsfraktion ist es sehr wichtig, alternative Antriebstechnologien, nachhaltige Mobilitätskonzepte und ressourceneffiziente Produktionsprozesse weiter voranzubringen. Bei einem der wichtigsten Arbeitgeber aus der Region sehen sie viele Anknüpfungspunkte für eine gute Zusammenarbeit.

Schwarze Zahlen, grüne Inhalte

Der erste Haushaltsentwurf der Grün-Roten Koalition wurde im Dezember vorgelegt und wird nun bis Anfang Februar im Landtag beraten. Der Landeshaushalt 2012 steht ganz im Zeichen der Nachhaltigkeit: Wir investieren in Bildung und Umweltschutz und schaffen es gleichzeitig, unseren Kindern keine neuen Schulden mit auf den Weg zu geben. Damit steht die Nett null nicht nur nachträglich für 2011, sondern auch im Haushalt für 2012. Beides hat der Bund trotz ähnlich positiver Einnahmentwicklung nicht geschafft.

Neue Schwerpunkte

Insgesamt müssen die Ministerien der Landesregierung in diesem Jahr gut 250 Millionen Euro einsparen. Trotzdem verdoppeln wir die Investitionen in die Energiewende im Vergleich zu 2011. Außerdem nimmt das Land 2012 im Rahmen der „Initiative Elektromobilität II“ etwa 13 Millionen Euro in die Hand, um alternative Antriebstechnologien voranzubringen und den Individualverkehr in Baden-Württemberg besser mit dem öffentlichen Verkehr zu verknüpfen.

Ein Meilenstein ist der Pakt mit den Kommunen, der aus einer Erhöhung der Grunderwerbsteuer finanziert wurde. Damit schaffen

wir Freiräume in kommunalen Haushalten und erreichen viel für die Familien und Kinder vor Ort. Rund 315 Millionen Euro stehen 2012 zusätzlich für die Kleinkindbetreuung zur Verfügung. Außerdem wird die Sprachförderung an den Kindergärten ausgebaut, und das Land beteiligt sich wieder mit einem vollen Drittel an der Schulsozialarbeit – eine Verantwortung, der sich die ehemalige Landesregierung entzogen hatte.

Mehr für die Schulen im Land

Wichtig für die Qualität der Bildung ist außerdem eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Schulen. Wir haben erreicht, dass die Mittel von etwa 3.100 Lehrerstellen, die mittelfristig aufgrund der rückläufigen Schülerzahlen frei werden, an den Schulen verbleiben und für eine qualitative Verbesserung des Unterrichts verwendet werden können. Wir unterstützen damit unter anderem die Gemeinschaftsschulen, die es ab dem Schuljahr 2012/13 auch in Baden-Württemberg geben wird.

Mit rund 40 Prozent sind die Personalkosten der größte Posten im Landeshaushalt. Die Pensionslasten steigen mit jedem Jahr, ohne dass sie in der Haushaltsplanung solide gegenfinanziert wurden. Nachhaltig ist das nicht. Deshalb

sprechen wir mit der Beamtenschaft über zumutbare Maßnahmen. Vorgesehen ist, dass erstens die Bezüge später als vereinbart erhöht werden, wodurch ein einmaliger Sparbeitrag von etwa 100 Millionen Euro möglich ist, und dass zweitens der monatliche Beitrag zu Wahlleistungen im Krankenhaus, sofern z.B. eine Chefarztbehandlung erwünscht ist, um neun Euro steigt. Das entlastet den Landeshaushalt dauerhaft um rund 30 Millionen Euro jährlich.

Mit dem Haushalt 2012 haben wir eine gute Grundlage für den Politikwechsel in Baden-Württemberg gelegt.

Wir wissen, dass die Spielräume für den kommenden Doppelhaushalt enger werden. Aber ich bin zuversichtlich, dass wir auch in Zukunft eine verantwortungsvolle Finanzpolitik mit entschlossenem Handeln verbinden können!

Andrea Lindlohr

Seit 1. Januar auch auf dem Standesamt

Gleiches Recht für alle

Das sind die kleinen großen Freuden im Leben einer grünen Abgeordneten: Im Dezember haben wir im Landtag mit grün-roter Mehrheit, aber auch den Stimmen der FDP und sogar einiger CDU-Kollegen den Gesetzentwurf der Landesregierung 'Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes zur Ausführung des Lebenspartnerschaftsgesetzes' beschlossen. Was das heißt, lest Ihr hier!

Beste Grüesse, Eure Andrea

„Das Jahr beginnt gut für alle Lesben und Schwulen in Baden-Württemberg, denn seit 1. Januar können sie endlich auch auf dem Standesamt heiraten“, freut sich die Esslinger Landtagsabgeordnete Andrea Lindlohr. 2009 hatte der Bundesgesetzgeber beschlossen,

dass auch eingetragene Lebenspartnerschaften in Standesämtern heiraten dürfen. Die damalige schwarz-gelbe Landesregierung hatte jedoch von einer Sonderregelung im Lebenspartnerschaftsgesetz Gebrauch gemacht. Als einziges Bundesland waren in Baden-Württemberg weiter die Landratsämter zuständig. Jetzt ende ein Zustand, den die alte CDU-geführte Landesregierung herbeigeführt habe, nämlich dass Schwule und Lesben oft auf der KFZ-Zulassungsstelle heiraten mussten. „Mit dieser Benachteiligung von Lesben und Schwulen ist jetzt Schluss“, ergänzt Andrea Lindlohr. Beendet wurde damit auch der Missstand der ungleichen Gebühren, sowohl zwischen Eheschließung und eingetragener



Foto: Ingrid Ruthe / pixelio.de

Lebenspartnerschaft, aber auch zwischen den unterschiedlichen Gebühren im Land. Die Landesregierung hat den Vorschlag des Städtetags aufgenommen und die eingetragenen Lebenspartnerschaften in die entsprechende

Gebührenordnung aufgenommen. „Damit sind alle Bürgerinnen und Bürger auch als Gebührenzahler vor dem Gesetz gleich“, freut sich die grüne Abgeordnete.

Andrea Lindlohr MdL

Kliniken können nicht dauerhaft subventioniert werden

Kreistag hat eine lange Fragenliste

Die Organisation der Krankenhauslandschaft in unserem Landkreis ist die Herausforderung, die den Kreistag in den nächsten Jahren kontinuierlich begleiten wird. Für uns Grüne sind drei Punkte wichtig:

PatientInnen im Mittelpunkt

Erstens: Die Patientinnen und Patienten stehen im Mittelpunkt jedweder Diskussion. Oberstes

Ziel ist eine qualitativ gute medizinische Versorgung der Bürgerinnen und Bürger in unserer Region. Hierzu bedarf es guter Ärzte, dem entsprechenden medizinischen und pflegerischen Personal sowie einer leistungsstarken Infrastruktur.

Klare Spielregeln

Zweitens: Die gesamte Krankenhauslandschaft ist seit Jahren in

Bewegung und wird auch künftig in Bewegung bleiben. Daher ist eine transparente Aufarbeitung aller Daten und Fakten ebenso von entscheidender Bedeutung wie klare Spielregeln:

Eine dieser Spielregeln heißt: Der Aufsichtsrat der Kliniken berät die strategische Ausrichtung der Kliniken – der Kreistag des Landkreis Esslingen beschließt über die strategische Ausrichtung und über die Frage, ob Abteilungen oder Kliniken geschlossen werden sollen.

Fokus auf Wirtschaftlichkeit

Drittens: In Anbetracht der Lage der öffentlichen Haushalte und dem Gebot einer nachhaltigen Finanzpolitik muss das Kriterium der Wirtschaftlichkeit stärker ins Bewusstsein rücken. Hierzu gehört, dass die Kliniken ihre Hausaufgaben erledigen – hier seien beispielhaft die Abrechnungs- und Kodierungsprozesse erwähnt – aber auch, dass der Kreistag seinen Teil zu wirtschaftlichen und leistungsstarken Strukturen beiträgt.

Strukturen hinterfragen

Die gesamte Krankenhauslandschaft ist in Bewegung und unterliegt einem steigenden Wettbewerbsdruck. Dieser wird einerseits durch die freie Krankenhauswahl von den Patienten befördert und andererseits durch die Träger, die ihre Leistungsangebote aus- und umbauen. Für uns stehen die Patientinnen und Patienten mit ihren Erwartungen an eine qualitativ gute medizinische Versorgung

im Vordergrund. Zugleich kann es sich der Landkreis aber nicht leisten – wie in den letzten Jahren geschehen und in den kommenden Jahren zu erwarten – den Klinikbetrieb dauerhaft zu subventionieren. Daher bedingen sich eine gute klinische Versorgung und eine regelmäßige Überprüfung der Strukturen anhand wirtschaftlicher Kriterien gegenseitig. Nur dann wird es auch gelingen, gute Ärzte und das Pflegepersonal an unseren Kliniken zu halten.

Es ist also legitim und notwendig, von Zeit zu Zeit die Strukturen zu überprüfen und zu hinterfragen, ob sie für die Zukunft noch tragfähig sind. Das findet seit Beginn 2011 statt. Kreistag und Aufsichtsrat haben sich wiederholt dafür ausgesprochen, dass es keine Denkverbote geben kann.

Es entscheidet der Kreistag

Wichtig ist uns, dass – wie wir es in der Satzung der Kliniken geregelt haben – über das Schließen von Abteilungen bzw. Kliniken alleine die direkt gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Bürgerschaft, also der Kreistag, entscheidet.

Daher muss die Geschäftsführung nun alle erforderlichen Informationen aufarbeiten. Der Aufsichtsrat hat hierzu eine lange Liste an zu bearbeitenden Aufgaben erstellt. Hierzu zählen Fragen zu den Betriebskosten, Kosten für die Errichtung neuer Infrastruktur, aber auch die Frage der Wirtschaftlichkeit einzelner Abteilung sowie die

Frage, ob es Patientenverluste bei Standortentscheidungen gibt.

Mitarbeiter sind vertreten

Wichtig in den Kliniken sind die Mitarbeiter. Daher war und ist die Arbeitnehmersvertretung in die Ent-

scheidungsfindung mit eingebunden.

Der Kreistag wird erst dann entscheiden, wenn vollständige Informationen vorliegen und bewertet werden können.

Andreas Schwarz

Filder-Grüne gründen „AK 1.3“:

Keine unsinnigen Streckenführungen

Der Kreisverband Esslingen sowie die Ortsverbände und Gemeinderatsfraktionen der Grünen auf den Fildern machen sich gemeinsam für eine sinnvolle Entwicklung des Schienenverkehrs stark. Der Esslinger Kreisvorstand, Mitglieder und Gemeinderäte der Grünen aus Filderstadt, Leinfelden-Echterdingen, Neuhausen, Ostfildern und Stuttgart sowie der Landtagsabgeordnete Nikolaus Tschenk (Wahlkreis Stuttgart/Filder, Mitglied im Verkehrsausschuss des Landtages) haben dazu den „Arbeitskreis 1.3“ gegründet. „1.3“ bezeichnet den Abschnitt von Stuttgart 21 zwischen Rohrer Kurve und Flughafen, für den das Planfeststellungsverfahren noch nicht begonnen hat. Dieser Abschnitt gilt als sehr konfliktrichtig, weil Fernzüge auf der S-Bahn-Trasse fahren sollen.

Beim ersten Treffen des neuen Arbeitskreises wurden die bisherigen Pläne der Bahn klar abgelehnt. Die geplante Streckenführung für den ICE über die S-Bahn-Trasse ist unsinnig und beeinträchtigt

die S-Bahnen. Die Grünen fordern den Erhalt der Gäubahnstrecke über den Westbahnhof und deren leistungsfähige Anbindung an den Hauptbahnhof. Dies entspricht dem Schlichterspruch. Der geplante neue Fernbahnhof am Flughafen hat nach Ansicht der Filder-Grünen ebenfalls keinen Sinn und darum wollen sie darauf verzichten. Dass die Bahn von diesem Bauwerk ebenfalls nichts hält, unterstreicht der



Die Zukunft der Bahnpläne für die Filder?
Foto: M.E. / pixelio.de

für den Stresstest erstellte Fahrplan: Die meisten Züge sollen an diesem Bahnhof vorbei fahren, der Halt eines ICE ist dort über-

haupt nicht vorgesehen. Die eingesparten Kosten von etwa 120 bis 150 Millionen Euro lassen sich anderswo sinnvoller einsetzen. Beispielsweise für den Umbau des Bahnhofes in Böblingen oder Vaihingen, um dort einen Halt des ICE/IC zwischen Zürich und Stuttgart und anderer Züge der Gäubahn zu ermöglichen. Davon würden rund eine Viertel Millionen Menschen enorm profitieren, da sie nicht mehr erst zum Hauptbahnhof fahren müssten.

Eine weitere Forderung der Grünen lautet, eine Express-S-Bahn von Filderstadt über den Flughafen, Echterdingen und Vaihingen geführt über den Westbahnhof zum Stuttgarter Hauptbahnhof zu prüfen. Damit kann eine zeitspa-

rende, attraktive Ergänzung zu den vorhandenen S-Bahnen geschaffen werden.

Der neu gegründete grüne Arbeitskreis wird sich aktiv in die weiteren Planungen einbringen. Das Votum bei der Volksabstimmung ist aus seiner Sicht kein Freibrief, dass die Bahn nun planen kann, was sie will. Der AK 1.3 fordert, dass die Pläne der Bahn auf den Fildern einem kritischen Faktencheck unterzogen werden, mit dem das Versprechen eines erweiterten Beteiligungsprozesses eingelöst wird. Bahn, Land und die Politik auf den Fildern müssen offen für andere Ideen sein, so die Forderung der Grünen.

Ehrgeizige Ziele der Kreistagfraktion für 2012

Hartnäckig für mehr Finanz-Spielraum

Die Kreistagsfraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN hat sich fürs Jahr 2012 ehrgeizige Ziele gesetzt.

Weiter Abbau der Verschuldung
Hartnäckig wie in den vergangenen Jahren beharren die Grünen auf dem Abbau der Verschuldung. Diese wird Ende des Jahres inklusive der Verbindlichkeiten der Kreiskliniken voraussichtlich 190 Millionen Euro betragen. Aus Sicht der Fraktionsvorsitzenden Marianne Erdrich-Sommer (Wendlingen) ist dies alles andere als nachhaltig

und belastet dauerhaft die Städte und Gemeinden: „Die Kreisumlage muss so bemessen sein, dass ein schnellerer Schuldenabbau möglich ist. Außerdem wollen wir Einsparpotentiale ausschöpfen – beispielsweise bei den Kraftfahrzeugzulassungsstellen“. Die Grünen im Kreistag sehen sich in ihrem finanzpolitischen Kurs durch das Regierungspräsidium bestätigt. Dieses hatte mit der Genehmigung des Haushaltes den Schuldenabbau angemahnt.

Vermutlich im Februar wird die Kreisverwaltung belastbare Daten



Kreiskrankenhaus Plochingen

Foto: son

über die Entwicklungsperspektiven der Kliniken vorlegen. Bislang sind noch keine Entscheidungen gefallen – auch nicht über den Standort Plochingen. Bis zu einer Entscheidung werden die Kreistagsgrünen mit zahlreichen Betroffenen gesprochen haben. Kreisrat Gerhard Bässler aus Hochdorf, Mitglied im Aufsichtsrat der Kreiskliniken: „Für uns ist dies ebenso Teil eines umfassenden Faktenchecks wie die noch offenen Fragen, die wir in die Diskussion einbringen werden“.

S-Bahn nach Neuhausen

In der Verkehrspolitik werden die Grünen auf die Verlängerung der S-Bahn von Filderstadt nach Neuhausen drängen. Region und Landrat hatten Stuttgart 21 immer wieder als Voraussetzung hierfür gesehen. Der Filderstädter Kreisrat Matthias Gastel: „Einen solchen Zusammenhang sehen wir zwar nicht, doch nun – nach der Volksabstimmung – muss der S-Bahn-Ausbau gemeinsam voran gebracht werden“. Die Grünen wollen darauf achten, dass die Streckenführung und die Lage des Bahnhofes in Neuhausen die Chance für eine Weiterführung der S-Bahn ins Neckartal nicht ver-

baut. Des Weiteren wollen sich die Grünen für kreisweit bessere Bus- und Bahnverbindungen in den Nachtstunden einsetzen. Ebenso werden Potenziale im Ausbau des schienengebundenen Verkehrs zwischen Kirchheim, Weilheim, Boll und Göppingen gesehen. Im Mittelpunkt stehen wird die Verkehrsthematik auf einer Kreistagsfraktionsklausur der Grünen, an der auch Gemeinde- und Regionalräte teilnehmen.

Streuobstschaft in die Bag-in-Box

Zwischen Schwäbischer Alb, Fildern und Schurwald gilt es die Kulturlandschaft zu bewahren. Die Grüne Kreistagsfraktion setzt sich deshalb für den Erhalt der Streuobstwiesen im gesamten Kreisgebiet ein. In den jüngsten Haushaltsberatungen brachte der Grünen-Antrag nach einer Förderung von Bag-in-Box-Abfüllanlagen zusammen mit einer Streuobstwieseninitiative der Freien Wähler eine neue Dynamik. Diskutiert wird die Bildung einer Arbeitsgruppe, bestehend aus Experten der Fachämter und Kreisräten. Diese soll Projekte und Fördermöglichkeiten besprechen und auf den Weg bringen. Grünen-Kreisrat Matthias Weigert aus Reichenbach begrüßt diese Entwicklung und bringt gerne seinen Sachverstand in eine fraktionsübergreifende Arbeitsgruppe ein.

Matthias Gastel

Terminkalender

Do	19. Jan	Neujahrsempfang des Kreisverbands mit Ministerpräsident Winfried Kretschmann im Bürgerzentrum Filderstadt-Bernhausen, 19h
Do	26. Jan	Andreas Schwarz berichtet aus dem Landtag, Wahlkreisbüro, Postplatz 7 in Kirchheim, 19h
Di	31. Jan	KMV mit Ministerpräsident Winfried Kretschmann, Schlachthofbräu Nürtingen, 19.30h
Mi	1. Feb	10 Jahre Euro – eine Währung mit Zukunft? Mit Prof. Dr. Hans-Peter Burghof, Andrea Lindlohr MdL, Markus Grübel MdB, Karin Roth MdB u.a.m. Stadthalle Plochingen, 19:30h
Mo	6. Feb	Bürgersprechtag von Andreas Schwarz MdL, Anmeldung unter 07021/9317040, Wahlkreisbüro, Postplatz 7 in Kirchheim, 8 bis 18h
Mo	13. Feb	Bürgersprechstunde von Andrea Lindlohr MdL. Bahnhofsstr. 31, Esslingen, ab 18h
Mi	29. Feb	Esslinger Dialog mit Andrea Lindlohr: Welche Schule wollen wir? Mit Rudi Bosch, Ministerium für Kultur, Jugend und Sport u.a.m. Altes Rathaus, Esslingen, 19.30h
Mo	5. März	Bürgersprechtag von Andreas Schwarz MdL, Anmeldung unter 07021/9317040, Wahlkreisbüro, Postplatz 7 in Kirchheim, 8 bis 18h
Do	15. März	Braucht Ostfildern eine Gemeinschaftsschule? Podiumsdiskussion des OV Ostfildern mit Andrea Lindlohr MdL, Norbert Bauer (GEW), Susanne Werner (Wasenäckerschule). Stadthaus, Scharnhäuser Park, 19.30h
Di	20. März	Franz Untersteller, Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft, in der Stadthalle Nürtingen, Veranstaltung des KV Esslingen
Do	19. April	Andreas Schwarz berichtet aus dem Landtag, Wahlkreisbüro, Postplatz 7 in Kirchheim, 19h
Do	26. April	KMV

Impressum: GrünES - Mitgliederrundbrief

Herausgeber: Bündnis 90/Die Grünen, Kreisverband Esslingen, Plochinger Str. 8, 72622 Nürtingen, Tel: 07022/35851, Fax: 07022/931509, mail@gruene-es.de; www.gruene-es.de

Ausgabe: 1,2012; Auflage: 430

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder. Der Rundbrief wird an Haushalte mit mehreren Mitgliedern nur einmal verschickt, nur auf ausdrücklichen Wunsch auch mehrfach, und ist auch als Download auf unserer Homepage einzusehen.

Kreisbüro Öffnungszeiten: Mo, Di, Do: 9.00 bis 12.00 Uhr, Di: 13.00 bis 15.00 Uhr